

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 8

Artikel: Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919
Autor: Müller, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Monatshefte * für Politik und Kultur *

Verlag der Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur, Zürich. — Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Hans Dohler. Bezugspreis jährlich Fr. 16.—, vierteljährlich Fr. 4.25, Einzelhefte Fr. 1.50. Neben die Bezugsbefindungen für das Ausland gibt der Verlag Auskunft. Bestellungen nehmen alle Poststellen, alle besseren Buchhandlungen oder der Verlag Zürich. Einzahlung des Bezugspreises auf unsere Postcheck-Rechnung VIII 8814 gilt als Bestellung. Bestellungen aus dem Auslande nur direkt beim Verlag.

1. Jahrgang

November 1921

Heft 8

Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919.

Von
Bundesrat Müller sel.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Wir machen im folgenden unsere Leser mit Aufzeichnungen bekannt, die Bundesrat Müller sel. kurz nach seinem Verzicht auf das Bundespräsidium im Dezember 1918 gemacht hat. Sie gewähren einen tiefen Einblick in das schwere Amt eines Bundesrates während der Kriegsjahre, vermitteln uns aber auch eine wertvolle Erkenntnis der unheilvollen Kräfte, die auf die Haltung unserer obersten Behörde im Laufe der Zeit mehr und mehr Einfluss gewannen und so unsere Außenpolitik in jene Richtung drängten, in der wir uns zum Schaden unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit noch heute bewegen. Die Aufzeichnungen haben folgenden Wortlaut:

1. Als im Dezember des Jahres 1917 Bundesrat Forrer aus dem Bundesrat austrat, entstand erstmals die Frage, ob an seiner Stelle Ador oder ich zum Vizepräsidenten gewählt werden solle. Wäre Forrer im Bundesrate geblieben, so wäre diese Frage wohl ebenso zwischen ihm und Ador entstanden. Denn die Welschen und namentlich die Genfer wollten keine Zeit verlieren und Ador so bald wie möglich am Präsidium sehen, die deutsche Schweiz dagegen hielt die Wahl Adors zurzeit für verfrüht und für inopportun. Tatsache war, daß die Wahl Adors damals namentlich von Deutschland nicht gerne gesehen worden wäre, da Ador als durchaus einseitiger Ententist galt. Gerade so waren aber Forrer und ich bei der Entente angeschrieben. Von beiden Seiten wurde bei mir energisch im Sinne der Annahme des Vizepräsidiums wider Ablehnung gewirkt. Ich fand aber, daß wenigstens zurzeit für mich kein Grund zur Ablehnung besthehe und stellte mich den Deutschschweizern zur Verfügung.

Tatsächlich war der Krieg damals noch nicht entschieden. Und so saß erst ein halbes Jahr im Bundesrat und hatte noch keine rechte Einsicht in den Geschäftsgang gewinnen können. Auch hatte man hie und da den Eindruck, daß er noch unter mitgebrachter vorgefasster Meinung handle. Das alles war für mich mitbestimmend in dem Entschluß, das Vizepräsidium anzunehmen.

2. Ende Juni oder in den ersten Tagen Juli 1918 brachte ich im Bundesrat die Frage zur Sprache, ob es angängig erachtet werde, wenn ich im Jahre 1919 neben dem Präsidium das Justiz- und Polizeidepartement behalten würde, während dann das politische Departement von einem andern Mitgliede des Bundesrates übernommen würde. Sämtliche Kollegen sprachen sich gegen eine solche Kombination aus, womit die Frage für mich erledigt war.

3. Im August teilte mir Herr Calonder mit, daß er eine Vorlage für den Bundesrat vorbereite, wonach für die Zukunft das politische Departement für drei Jahre den gleichen Chef haben würde, während das Präsidium frei rotieren würde. Er fand, daß die Geschäfte des politischen Departements unter dem jährlichen Wechsel des Departements leiden, weil die Einarbeitung längere Zeit in Anspruch nehme und die Kontinuität fehle. Der Gedanke war mir sympathisch, weil er zu meinem früheren Vorschlage paßte, doch äußerte ich Zweifel, ob der Bundesrat nach seiner früheren Stellungnahme darauf eintreten werde.

Im September brachte Calonder dann seine Vorlage wirklich ein, die nun einige Zeit auf dem Kanzleitischen lag. Während einer Abwesenheit Calonders sprachen wir im Bundesrat gelegentlich darüber, wobei die Meinungen sehr gegen den Vorschlag waren. Herr Motta meinte, es wäre am besten, wenn ich als Senior mit Herrn Calonder reden wollte, um ihn zur Zurücknahme seines Antrages zu bestimmen. Ich lehnte ab — aus guten Gründen.

Später brachte der „Bund“ in einem kurzen von Calonder inspirierten Leitartikel den Vorschlag in empfehlender Weise zur Kenntnis des Publikums, worauf sofort die welsche Presse sekundierend einsiel. Die — von Calonder nicht beabsichtigte — Intrige war da und als daher die Sache im Bundesrat endlich behandelt wurde, erklärte ich, daß ich mich nicht als Spielball behandeln lasse, daß ich keine „Lex Müller“ für mein Präsidentschaftsjahr annehmen könne und daß ich daher das Präsidium mit dem politischen Departement beanspruche oder dann lieber beides fahren lasse. Hierauf zog Calonder seinen Antrag zurück.

4. Von da an ging die Heze gegen meine Person in einem großen Teil der welschen Presse wie auf Kommando wieder los. Man hezte auch gegen Schultheß und verlangte, daß wir beide aus dem Bundesrat austreten. „Démocrate“, „Genevois“ etc. etc. meinten, jetzt habe die Entente gesiegt und nun seien Leute nötig, die der Entente genehm seien. In Genf dachte man an die Organisation großer Volksversammlungen, wobei Herr de Rabours eine äußerst unwürdige Rolle spielte. Schwamm über alle diese dunkeln Ehrenmänner, die sich zu diesem dunkeln Treiben hergaben!

Herr Ador fand sich veranlaßt, zu mir zu kommen und mir zu erklären, daß er dieser Sache durchaus fernstehe und daß er sie bedaure. Er habe die Genfer eindringlich ersucht, von den geplanten Demonstrationen abzusehen. Ich habe ihm erwidert, daß ich keinen Augenblick ob seiner Loyalität gezweifelt habe und daß ich davon überzeugt sei, daß die ganze Campagne von anderer Seite inspiriert sei. Er meinte, ob man nicht hinsichtlich des politischen Departements auf den Vorschlag Calonder zurückkommen könnte, gegen mein Präsidium würde man, wie er glaube annehmen zu dürfen, seitens der Entente keine großen Einwendungen haben. Ich erwiderte, daß ich auf diese Lösung, nach allem, was gegangen sei, e h r e n h a l b e r nicht eintreten könne und behielt mir meine Entschließung vor.

5. Inzwischen hatte sich auch die Affäre Rösemeier entwickelt. Die Ausweisung dieses Menschen war von mir nach reiflicher Ueberlegung beantragt worden. Zweimal hatte ich im Bundesrate auseinandergesetzt, daß diese Ausweisung meines Erachtens ein Gebot unserer Neutralität sei, daß sie aber viel Staub aufwerfen werde. Man möge sich daher die Sache wohl überlegen. Als dann die Sache zur Entscheidung kam, sagte Herr Motta im Bundesrate, daß er punkto Beleidigung eines fremden Volkes noch nichts Schlechthieres gesehen habe wie den Brief, den Rösemeier in französischen Blättern veröffentlichten ließ. Die Ausweisung wurde vom Bundesrat e i n s t i m m i g beschlossen und ich ersuchte die Polizeidirektion des Kantons Bern um deren Vollzug.

Acht oder zehn Tage später kam Prof. Max Huber, um mich um Auskunft zu bitten, worauf ich ihm die Akten zustellen ließ. Am folgenden Tage teilte Herr Bundespräsident Calonder in der Sitzung des Bundesrates mit, eine Frau Whitehouse, die Leiterin des amerikanischen Pressedienstes in der Schweiz, sei auf das politische Departement gekommen und habe wegen dieser Ausweisung protestiert. Sie habe ein für die amerikanische Presse bestimmtes, äußerst heftiges Telegramm mitgeteilt, das sie abschicken werde, wenn der Bundesrat auf der Ausweisung beharre, und man werde sehen, welche Wirkungen und Folgen das für die Schweiz nach sich ziehen würde. Sie meinte, Rösemeier sei wegen seiner Beteiligung an der Redaktion der „Freien Zeitung“ ausgewiesen worden, was nicht wahr war. Herr Calonder b e a n t r a g t e, der Bundesrat solle auf seinen Beschuß z u r ü c k k o m m e n. Ich protestierte und beantragte, das Ausweisungsdecret in extenso zu veröffentlichen, damit die Öffentlichkeit wisse, wie sich die Sache verhalte. Nach gewalteter Diskussion beschloß der Bundesrat, das Justiz- und Polizeidepartement einzuladen, den Ausweisungsbeschluß bis auf weiteres n i c h t z u v o l l z i e h e n. Dieser Beschuß wurde mit a l l e n gegen meine Stimme gefaßt und ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, der bernischen Polizeidirektion bezügliche Mitteilung zu machen. Ich verweise auf das Protokoll, wovon ein Auszug bei den Akten Rösemeier (Polizei-Abteilung) liegt. Um das Maß voll zu machen, wurde dieser Anfall von Schwäche in der welschen Presse mir in die Schuhe geschoben.

Der Verzicht auf unsere berühmte „Unabhängigkeit“ war damit evident. Die Intervention einer fremden Zeitungsdame hatte den Bundesrat veranlaßt, auf ersten Anhieb zusammenzuklappen. Mir aber war dies Verhalten ein Stich ins Herz! Es war freilich nicht das erste Mal. Mit dem englischen Journalisten und Propagandisten Grande, der sich der besonderen Protektion des britischen Gesandten erfreute, ging es seinerzeit genau so. Man drohte, uns den Brotkorb höher zu hängen, und wir fügten uns. Die Geschichte mit der „Freien Zeitung“ war nicht viel besser. Herr Brüstlein (!) ging zu Herrn Ador und drohte mit Wilson und — „je me désolidarise“ hieß es im Bundesrate und im „Journal de Genève“!

Beispiele, die mich nicht direkt berührten, gibt es zu Hunderten! Man denke nur an die Entwicklungsgeschichte der S. S. S., der schwarzen Listen, an Spionage- und Bombenprozesse, an Mougeot, Engelmann und ähnliches Gelichter! Alle Kriegsführenden foutierten sich um die Hoheit des neutralen Kleinstaates und fanden das ganz in Ordnung.

Und der Bundesrat war fast wehrlos. Das war die Folge unserer inneren Erfahrung. Wie schön war doch unsere Lage gewesen nach der Mobilmachung im Jahre 1914 und der einmütigen Erhebung des ganzen Volkes zum Schutze des Landes! Welche Stellung nähmen wir heute ein, wenn es so geblieben wäre! Es hat nicht sollen sein. Die Eidgenossen sind in dieser großen Zeit in ihren kleinstlichen Zänke reien hängen geblieben und den Intrigen und der Propaganda des Auslandes erlegen. Deshalb durfte das Ausland auch mit uns umgehen wie es geschehen ist. — Diese Streiflichter gehören auch zu dem Bilde, das mir vor Augen stand, als ich mich über die Stellungnahme in Sachen meiner Kandidatur auf die Präsidentschaft schlüssig machen mußte.

6. Zunächst dachte ich ernstlich daran, einfach meine Entlassung aus dem Bundesrate zu verlangen. Diese Demütigungen hatten mir das Verbleiben im Amte gründlich verleidet. Auch sonst sah ich ringsum nur Erfahrung, Geschwätz, nervöse Gereiztheit und kleinstliches Misstrauen aller gegen alle. Die Zukunft des Landes war düster. Die Beschäftigung mit den in den Vordergrund tretenden Polizeisachen widerte mich an. Zu ernster gesetzgeberischer, zu nüchtricher Arbeit fehlte Zeit und Ruhe. Und das absterbende Parlament verplämperte die kostbare Zeit mit eitler Gerede und mit einem stets ärger werdenden Trommelfeuer von Interpellationen, Motionen und Postulaten. Föderalismus und Reaktion machten sich breit in einer Zeit, wo Zusammenfassung der Kräfte und energischer Fortschritt nötiger wären als je. Die unfähigen Kantone schoben alle Schuld dem Bunde zu, wenn etwas schief ging. Von sich aus, aus eigener Kraft und Initiative leisteten sie wenig oder nichts.

So war mir mein Amt verleidet und ich sah wohl ein, daß ich an diesem Zustande nichts ändern konnte.

Allein die Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem und damit die Gesamterneuerung des Bundesrates standen auf der Tagesordnung. Das Jahr 1919 mußte beide bringen. Es wäre schwierig und kaum im Interesse des Landes gewesen, wenn in diesem Augenblicke eine Einzelerstwähle stattfinden müssten. Deshalb entschloß ich mich, die Demission als Bundesrat für den äußersten Notfall vorzubehalten, zunächst aber lediglich auf die Wahl zum Bundespräsidenten für das Jahr 1919 zu verzichten.

7. In dem romanischen Teil unseres Landes hatte man wohl, abgesehen von gewissen Pressekosaken und von durch die Presse beeinflußten Leuten gegen meine Person nicht viel einzuwenden. Das haben auch die Vertreter der Westschweiz in der radikaldemokratischen Gruppe erklärt. Nur die Zentrumslute aus der Westschweiz waren mir eigentlich feindselig gesinnt. Aber ich wußte es doch, daß die ganze Westschweiz es begrüßen würde, wenn ich Herrn Ador den Platz räumen würde. Meist aus rein opportunistischen Gründen, weil man mit Recht annahm, daß Ador sehr genähm sein würde bei der Entente, was von mir nicht gesagt werden konnte.

Anderseits mußte ich erwarten, daß man in großen Kreisen der deutschen Schweiz meinen Verzicht nicht gern sehen würde, weil man darin ein Zurückweichen vor welscher Agitation und Intrige erblicken würde. Andere Kreise der deutschen Schweiz freilich waren von vorne herein nicht dieser Meinung, vorzugsweise ententistisch orientierte Leute dachten auch hier wie die Welschen, wenn sie es auch nicht sagten. Und noch andere dachten speziell an das politische Departement und teilten in dieser Richtung die Auffassung Calonders. So der „Bund“.

Bei der Entente war ich aber offenbar längst auf die „schwarze Liste“ gesetzt. „Démocrate“ und die jurassischen Räseblätter, die Genfer Blätter mit Tony Roche, dem Konfektionsschweizer, und die Rабours an der Spitze, „Gazette de Lausanne“ und andere hatten mich im Verlaufe des Krieges genugsam als germanophil angeschwärzt. (Vielfach hielt man dafür, mein Vater sei ein naturalisierter Deutscher, während unsere Familie, aus dem Thurgau von Sitterdorf stammend, schon seit mehr als achtzig Jahren in Nidau im Kanton Bern heimatberechtigt ist. Freilich meine Mutter stammte aus Dresden, was man aber nicht geltend gemacht zu haben scheint.) Kurz, ich war bei der Entente nicht gut angeschrieben. Und ich gebe auch unumwunden zu, daß meine Sympathien ursprünglich auf deutscher Seite waren, weil ich mit vielen andern Deutschland für den angegriffenen Teil hielt. Aber das hat mich nie gehindert, in allen Dingen vorab schweizerisch zu denken und zu handeln und nur das Interesse meines Landes im Auge zu haben. Haben alle Mitglieder des Bundesrates in dieser schweren Zeit sich so frei von fremdem Einfluß gehalten wie ich? Die Frage möchte ich einmal stellen angesichts der infaulen Art, wie man gegen mich vorzugehen für erlaubt hielt.

Aber genug davon! Bei der Entente stand ich auf der schwarzen Liste. Wer weiß, welchen Teil ententistische Propaganda an der gegen mich geführten Kampagne hatte? Aus der Zeit vom Juni 1917 erinnere ich mich an eine Depesche *), in der gesagt war, daß gegen Bundesrat Hoffmann

*) **Anmerkung der Schriftleitung:** Die Depesche, auf die Müller hier Bezug nimmt, ging von der russischen Gesandtschaft in Bern an die russische Regierung in Petersburg und hatte folgenden Wortlaut:

„Heute erklärt der Vertreter Großbritanniens Herrn Hoffmann, daß seine Vermittlungstätigkeit bei Übermittlung der Friedensvorschläge Deutschlands an Russland einen starken und höchst ungünstigen Eindruck in England hervorruhe. Nach dem Ausspruch des Gesandten muß man einen Ausbruch von Entrüstung in der englischen Presse erwarten, die die Schweizer Regierung beschuldigen wird, die Neutralität nicht gewissenhaft zu beobachten. Heute sprach ich in der Unterredung mit dem französischen Gesandten die Meinung aus, daß für die Verbandsmächte jetzt der Augenblick gekommen sei, sich von Herrn Hoffmann zu befreien. Dieser ist ein „spitzfindiger Jesuit“, wie ihn der französische Gesandte nennt, ein äußerst intelligenter und für den Verband schädlicher Mensch. Seine Deutschfreundlichkeit ist für niemand ein Geheimnis. Hoffmann führt die Schweizer Politik bisher persönlich und ließ eine Einmischung des Bundesrates bisher nicht zu. Es wäre äußerst wünschenswert, daß er durch eine uns mehr zusagende Persönlichkeit ersetzt würde. An mich gelangten mehrfach aus diplomatischer Quelle Mitteilungen, daß Hoffmann offen die Meinung ausspricht, Russland befände sich am Rande des Verderbens. Mit seinem Abgang wird hier eine der Hauptquellen für ungünstige Gerüchte über Russland beseitigt werden. Hoffmann versuchte den englischen Gesandten davon zu überzeugen, daß er sich in die Tätigkeit Grimms nur deshalb gemischt habe, weil letzterer ihn gebeten habe, ihm die deutschen Friedensbedingungen zu senden. Er behauptet auch, daß er auf eigene Gefahr gehandelt habe und daß dem Bundesrat bis heute morgen nichts von seiner Vermittlungstätigkeit bekannt gewesen sei. Ich nehme an, daß diese letzte Erklärung mit der Wahrheit übereinstimmt. Hoffmann sagte noch dem englischen Gesandten, daß ein Hauptgrund für seinen Auftrag an Grimm seine tiefe Besorgnis um das Schicksal der Schweiz gewesen sei, die im Falle der Fortdauer des Krieges im Winter durch eine Versorgungskrise leiden würde. Die Ausflüchte Hoffmanns überzeugten den britischen Gesandten nicht davon, daß Hoffmann nur eine einfache Unvorsichtigkeit beging. Meinerseits zweifle ich nicht, daß das Programm Hoffmanns ein reiflich vorbedachtes Manöver war. Ich nehme sogar durchaus an, daß Hoffmann sich hierüber mit Grimm vor dessen Reise nach Russland besprochen hat. Mir erscheint es höchst wünschenswert, auf den Abgang Hoffmanns von seinem Posten durch einen geräuschvollen Feldzug gegen ihn in der russischen Presse hinzuwirken. Ich halte es für meine Pflicht, zu berichten, daß in Unbeiracht der frankhaften Eigenliebe der Schweiz ein Druck auf ihre Regierung mit der Absicht der Entfernung einer für die Interessen des Verbandes schädlichen Person aus der Regierung in gewöhnlichen Zeiten wenig Aussichten auf Erfolg haben würde; aber jetzt ist Hoffmann erhappt, und es wäre sehr wünschenswert, den günstigen Augenblick nicht zu versäumen.“

Gezeichnet:

Onu.“

eine heftige Preßkampagne eröffnet werden müsse. Die Depesche kam von einer damals zur Entente gehörenden Gesandtschaft. Exempla docent!

Nun war die Entente siegreich und im Begriffe, den Frieden zu dictieren. Große Interessen standen auch für unser Land auf dem Spiele. Ein Bundespräsident und ein Chef des politischen Departements, die der Entente genehm waren, konnten mit ihren Vertretern viel besser, freier und erfolgreicher verkehren als der in Acht erklärte Berner. Das Interesse des Landes gebot also meinen Verzicht.

Was wäre das unter mir auch für ein Präsidententum gewesen! Unausgesetzt von der einen Seite des Landes bekämpft und beschimpft, den häßlichsten Angriffen ausgesetzt. Bei jedem Misserfolge, bei jeder Enttäuschung als die Ursache und der Schuldige hingestellt. Im Vertrauen des Volkes nur mäßig gestützt. Bei der Gegenpartei mit Misstrauen empfangen. Diplomatischer Fallenschleife und Intrige täglich ausgesetzt. Niedergedrückt und in der Freiheit der Entschließung beeinträchtigt durch alle diese Faktoren und ohne Waffen und Mittel, diese Situation zu ändern!

Die Würde des Bundespräsidiums hätte sich mit dieser Stellung nicht vertragen und meine persönliche Ehre und Würde ebenfalls nicht. Und deshalb konnte ich auch sagen, daß ich mich gesundheitlich nicht mehr stark genug fühle, um unter solchen Umständen das Präsidium zu übernehmen. So war ich entschlossen, abzulehnen. Und damit auch der Schein vermieden werde, als ob die deutsche Schweiz auch diesmal vor der französischen Zürückweiche, besiebt, die ganze Verantwortung für diesen Entschluß auf mich allein zu nehmen. Bevor die Bundesversammlung zur Dezembersession zusammentrat, teilte ich meinen Entschluß dem Präsidenten der radikal-demokratischen Gruppe und dem Bundesrat als einen unabänderlichen mit.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, mich trotzdem davon abzubringen. Sie waren gewiß gut und ehrlich gemeint. Wer mich kennt, mußte wissen, daß diese Versuche nutzlos waren. Ich war entschlossen, lieber meine gänzliche Entlassung aus dem Bundesrat zu verlangen, als mich, sei es auch nur zum Scheine, zum Bundespräsidenten wählen zu lassen. Mein Wunsch, aus dem ich kein Hehl machte, war, daß die ganze Sache möglichst geräuschlos erledigt und Herr Ador mit anständigem Mehr zum Präsidenten gewählt werden möchte."